

Die verfeindeten Brüder im einstigen SPD-Parteibezirk Magdeburg

von Beatrix Herlemann, Hannover

(Langfassung des Artikels im Heft 6 der „Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie im Sachsen-Anhalt“, Herausgegeben von der „Historischen Kommission des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt“)

„In Magdeburg spielten die Kommunisten nie eine Rolle“ erinnerte sich Ernst Thape, der einstige politische Redakteur der „Volksstimme“, der Tageszeitung der SPD im Regierungsbezirk Magdeburg. Bei Ende des 2. Weltkriegs sollte der langjährige Buchenwald-Häftling zu den Verfassern des Buchenwalder Manifest gehören, das die Ziele der demokratischen Sozialisten aller im KZ Buchenwald gefangenen Ländervertreter im Sinne einer echten Volksfront formulierte. Die deutschen Manifest-Unterzeichner trugen der KPD die völlige organisatorische Einheit an, doch die KPD lehnte ab. Bald darauf übernahm Ernst Thape das Amt des Vizepräsidenten in der Provinzialverwaltung Sachsen und wurde Minister in der Ende 1946 gebildeten Provinzialregierung. Trotz wachsender Bedenken angesichts der repressiven Praxis der sowjetischen Militärverwaltung im Bunde mit den Kommunisten hatte er der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zugestimmt, doch als im Zuge der bald darauf einsetzenden Kampagne gegen den Sozialdemokratismus immer mehr einstige Sozialdemokraten verhaftet wurden, verlor er die letzten Hoffnungen auf den Aufbau einer sozialistischen Demokratie mit antifaschistischen Vorzeichen und flüchtete über die Zonengrenze nach Hannover. Er fühlte sich außer Stande nach knapp sechs Jahren im KZ Buchenwald noch einmal eine längere Haftzeit in einer Diktatur durchzustehen. Seine Erfahrungen mit den Kommunisten als Redakteur in den zwanziger Jahren wie als Politiker nach 1945 können durchaus als exemplarisch angesehen werden.

Die Kontraststellung der beiden großen Arbeiterparteien SPD und KPD, die sich in den letzten Jahren der Weimarer Republik zu exzessiver Feindseligkeit steigern sollte, hatte verschiedene Ursachen. Die Kriegskreditbewilligungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion seit August 1914 und die daraus resultierende Burgfriedenspolitik hatte Ostern 1917 zur Spaltung der SPD geführt. Die schärfsten Gegner der Kriegspolitik

des deutschen Kaiserreichs innerhalb der Partei gründeten eine eigene Organisation, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD). Sie repräsentierte eine starke Minderheit der Parteimitglieder. Auch eine zahlenmäßig kleine, organisatorisch eigenständige „Gruppe Internationale“, der spätere Spartakus-Bund mit Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Franz Mehring und Clara Zetkin gehörte der USPD zunächst an. Die der neuen Partei nahestehenden Betriebsgruppen, die „Revolutionären Obleute“, organisierten im Januar 1918 einen gewaltigen Massenstreik gegen den Krieg und für politische Reformen. Doch als Anfang November 1918 der Matrosenaufstand von Kiel eine Revolution im ganzen Deutschen Reich entzündete, hatte die USPD kein Konzept für eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung. Der in der USPD weitgehend selbständig gebliebene Spartakusbund sah seine Stunde gekommen. Von der russischen Oktoberrevolution 1917 befeuert, gründete er zum Jahreswechsel 1918/19 die Kommunistische Partei Deutschlands.

Ziel war das Vorantreiben der Revolution. In diesem Sinne lehnte eine überwältigende Mehrheit der Delegierten auf dem Gründungskongreß die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung ab. Der Einstellung vieler Teilnehmer entsprach die Bekundung eines Berliner Delegierten, 10 Mann auf der Straße seien mehr wert als 1000 Stimmen.

Erster Vorsitzender der im Februar 1919 in Magdeburg gegründeten Ortsgruppe der KPD war der Mitbegründer des Sozialdemokratischen Vereins Magdeburg i.J. 1900 u. Mitbegründer der USPD-Ortsgruppe Magdeburg, Albert Vater. Auch er huldigte dem in den Anfangsjahren der Weimarer Republik grassierenden revolutionären Aktionismus. Im Februar 1919 entführte er mit einer Gruppe von Spartakisten Reichsjustizminister Landsberg, der 25 Jahre lang als Anwalt in Magdeburg praktiziert hatte und in der Vorkriegszeit sieben Jahre lang für die SPD dem Stadtparlament angehört hatte. Ein republikanisch gesonnener Polizeihauptmann befreite Landsberg in einem Husarenstreich. Albert Vater, wegen Geiselnahme des Hochverrats angeklagt, nahm sich in der Haft das Leben.

Bei dem gegen die junge Republik gerichteten Kapp-Putsch im März 1920 sprach sich die KPD-Führung zunächst gegen Beteiligung am Generalstreik aus, rief vielmehr in einem Flugblatt alle revolutionären Arbeiter auf, sich „um die rote Fahne der proletarischen Diktatur“ zu scharen. Die Ebert-Republik, die bürgerliche Demokratie sei nicht mehr zu retten. Doch da ihre Mitglieder ihr nicht folgten, warf sie das Ruder herum und unterstützte nun den Generalstreik. Doch die Chance, sich führend an dieser solidarischen Aktion

der Arbeiterklasse zu beteiligen, war vertan. Als sich aus der antireaktionären Bewegung ein Aufstand der Industriearbeiter im Ruhrgebiet entwickelte, sich aus unorganisierten anarcho-syndikalistischen Arbeitern Mitgliedern der bereits von der KPD abgespaltenen KAPD, der USPD und sogar der SPD eine Rote Ruhrarmee bildete mit dem ausdrücklichen Ziel, die republikanische Regierung zu stürzen und eine proletarische Diktatur zu errichten, erlangten die Kommunisten keinen Einfluß auf die Aufständischen, ebensowenig bei ähnlichen radikalen Erhebungen in Mitteldeutschland zur gleichen Zeit. Unmittelbar auf diese Ereignisse reagierte Lenin mit seiner Schrift „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“. Seine Kritik richtete sich gegen die linksstehenden Kräfte in der KPD, die sich der Mitwirkung in den Gewerkschaften und in den Parlamenten widersetzen. Gleichzeitig schmähte er die rechten opportunistischen Programmatiker der USPD Kautsky, Hilferding u.a., die die Bedeutung der Sowjetmacht und der Diktatur des Proletariats nicht begriffen hätten. Schließlich forderte Lenin den „proletarischen Flügel“ der USPD unmißverständlich auf, sich mit der KPD zu vereinigen.

Auf dem im Sommer 1920 stattfindenden II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (Komintern, KI) die sich im März 1919 als Gegengewicht zur „opportunistischen“ Zweiten Internationale in Moskau gegründet hatte, wurden 21 Aufnahmebedingungen verabschiedet, die die Mitglieder von eigenständigen Parteien zu Sektionen der einen kommunistischen Weltpartei machten. Sie büßten damit ihre Selbständigkeit ein, gerieten in eine immer stärkere Abhängigkeit von der Komintern, die mit einer Monopolstellung der Bolschewiki in der Führung vor allem den Interessen der jungen Sowjetunion diene. Einer der Sekretäre der Komintern sprach von eiserner, ja fast militärischer Disziplin, die die einzelnen Sektionen zu üben hatten. Mit ihrem Zentralismus setzte sich die KI bewußt von dem lockeren Bündnis der Zweiten Internationale ab. Auch die 1923 gegründete Sozialistische Internationale (SAI), der alle sozialistischen Parteien angehörten, war eine lose Föderation autonomer Parteien mit großer ideologischer Bandbreite.

Trotz der „Bauchschmerzen“ der vier USPD-Delegierten auf dem II. Kominternkongreß angesichts der 21 Aufnahmebedingungen schloß sich im Dezember 1920 der starke linke Flügel der USPD mit über 350 000 Mitgliedern, einem funktionierenden Parteiapparat und zahlreichen Tageszeitungen der schwachen, knapp 80 000 Mitglieder zählenden KPD an,

die damit zur Massenpartei wurde. Kautsky, Hilferding und weitere führende Köpfe kehrten mit einer anschlussunwilligen Minderheit 1922 zur SPD zurück. Dank der Vereinigung erzielte die KPD bereits bei den preußischen Landtagswahlen im Februar 1921 30 Mandate. Im mitteldeutschen Industriegebiet gelang es ihr sogar, rund 30 Prozent aller Stimmen zu gewinnen. Den Beschluß der Wahlenthaltung hatte die KPD bereits auf ihrem 2. Parteitag revidiert, doch bei den Reichstagswahlen im Juni 1920 kaum eine halben Million Stimmen mit nur zwei Mandate errungen, während die SPD bei massiven Verlusten 113 und die USPD 81 Abgeordnete gestellt hatte. Mit den Maiwahlen 1924 zog die KPD dann zum ersten Mal in nennenswerter Zahl auch in die Kommunalparlamente ein. Im Reichstag hatte sie ihre Zahl mehr als verdoppelt (62 Abgeordnete dank 3,7 Mio Stimmen, SPD 100 Sitze bei 6 Mio Stimmen).

Nach Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts hatten die ersten Kommunalwahlen 1918/19 die SPD schlagartig im ganzen Deutschen Reich zu einer großen Rathauspartei gemacht. In Magdeburg verfügte die SPD nach der Wahl vom 2. März 1919 über die absolute Mehrheit von 45 der insgesamt 81 Sitze. Die USPD erreichte nur 6 Mandate. Am 15. Mai 1919 trat Hermann Beims sein Amt als Oberbürgermeister an, das er unangefochten bis zu seinem altersbedingten Ausscheiden im Mai 1931 ausüben sollte. Die Magdeburger SPD gehörte unter den 45 Großstädten mit über 100 000 Einwohnern zu den 23, die im Stadtparlament die stärkste Fraktion stellten. Allerdings führte die numerische Stärke nur selten zu einem SPD-Stadtoberhaupt. Absolute Mehrheiten waren selten und die bürgerlichen Parteien, untereinander oft zerstritten, waren sich in der Verhinderung eines „Sozis“ an der Spitze ihrer Stadt doch stets einig.

Zur Zeit der Wahlen im Mai 1924 erlebte die SPD nach den dramatischen Anfangsjahren der von ganz rechts wie ultralinks bedrohten jungen Republik einen absoluten Tiefstand in der Wählergunst. Den schweren Rückschlag als regierende Partei bei den Wahlen von 1920 konnte sie auch in der Opposition nie mehr auffangen. Mit dem geringeren Teil der USPD wieder vereinigt, errang sie bei der Reichstagswahl im Mai 1924 nur noch 20,5 Prozent. Die gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahl zeitigten in Magdeburg eine Umkehr der Parteienstärke. Nur noch 25 Sozialdemokraten und 6 Demokraten (DDP) standen jetzt 22 Abgeordnete der bürgerlichen Rechten nebst 5 Völkischen, einem Vertreter der Rentnerpartei und 7 Kommunisten gegenüber.

Die KPD hatte sich zu diesem Zeitpunkt gerade eine ultralinke Führung zugelegt. Dementsprechend hatten die Wahlauftrufe verkündet: „Das Geschick der arbeitenden Masse entscheidet nur die proletarische Revolution. Nicht mit dem Stimmzettel, nur im offenen Kampf der Klassen... wird Euer Elend gewendet“ und „Jeder, der seine Stimme abgibt für den Kommunismus, gibt sie ab für die proletarische Revolution und gegen den bürgerlichen Parlamentarismus“. Auf dem 6. Deutschen Städtetag im September 1924 forderten die kommunistischen Delegierten gar, daß nicht allgemein gewählt werden solle, sondern daß n u r die werktätige Bevölkerung, die Arbeiter, Angestellten, Beamten, Handwerker, Kleinkaufleute und Kleinbauern betriebsweise nach dem Sowjetsystem ihren politischen Willen auch für die Gemeindeangelegenheiten bekunden sollten und alle Kapitalisten und sonstigen Schmarotzer demzufolge vom Wahlrecht ausgeschlossen werden sollten.

Bei den ersten offiziellen Einführungen und Verpflichtungen führten die neugewählten kommunistischen Reichstags- und Stadtverordnetenvertreter Ende Mai/Anfang Juni 1924 gemäß den speziellen Instruktionen ihrer Parteizentrale vielerorts Spektakel mit roten Handschuhen oder Waschschüsseln auf, in denen sie nach der Verpflichtung per Handschlag an Eides statt ihre Hände wuschen. Zu ihrem „revolutionären Parlamentarismus“ gehörte auch die Kampferklärung an das System und Parolen wie „Die geballte Faust dem Bürgertum“.

Dass die Kommunisten den in der Stadt Magdeburg regierenden Sozialdemokraten keine Hilfe waren bei der Bewältigung der ungeheuren Nachkriegsprobleme mit Demobilmachung, Lebensmittel- und Wohnungsmangel, Arbeitslosigkeit und Inflation, deutete Oberbürgermeister Hermann Beims rückblickend in seinem Beitrag zum Parteitagsbuch 1929 an: „Die rechtsgerichteten Mitglieder des Magistrats hofften damals auf den scheinbar nahen Tag, an welchem die junge Republik enden und das alte Regime wieder hergestellt würde. Und die Kommunisten bestärkten sie in dieser etwas vagen Hoffnung“. Doch die Magdeburger Sozialdemokraten ließen sich davon nicht entmutigen. Erwerbslosenunterstützung und Wohlfahrt wurden im Rahmen der Gemeinwirtschaft, die allerdings durch die Inflation grundlegend erschüttert wurde, geregelt. Das Anlegen vieler neuer Grünanlagen, der Bau der Ebert-Brücke, der beginnende Bau von Genossenschaftswohnungen und vieles mehr brachten die Stadt allmählich voran, linderten die ungeheure Not der Nachkriegsjahre. Hermann Beims noch einmal rückblickend: „Bei allen Notstandsarbeiten kam es zu

kommunistischer Sabotage. Diese Partei stellte die These auf, daß der Arbeitslohn nichts sei als ein Anwesenheitsgeld; die Arbeitsleistung selbst müsse extra bezahlt werden. Die Arbeiter waren in der Mehrheit zu verständlich für derartige ökonomische Theorien. Die KPD hat in Magdeburg niemals Bedeutung erreicht.“

Die Kommunisten erlangten zwar weder Bedeutung noch Einfluss in den Stadt- und Gemeindeparlamenten, konnten den an einer Verbesserung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Klasse in rein sachlicher Arbeit orientierten Sozialdemokraten das politische Wirken jedoch erheblich erschweren, ja sie manchmal zur Verzweiflung treiben. So sprach z. Bsp. Kurt Schumacher, damals Landtagsabgeordneter in Württemberg, SPD-Ortsvorsitzender in Stuttgart und Reichsbanner-Führer, wegen des Festhaltens der Kommunisten an der Thälmann-Kandidatur bei der Reichspräsidentenwahl 1925 von Klassenverrat und Klassensabotage. Die KPD hatte das Scheitern des gemeinsamen Kandidaten der republikanischen Mitte, Wilhelm Marx verursacht und die Wahl des Feldmarschalls Hindenburg ermöglicht und damit nach Meinung namhafter Historiker zur konservativen Umgründung der Republik von 1919 beigetragen. Schumacher führte den „Irrwahn“ der KPD auf ihre Abhängigkeit von der Komintern zurück. Tatsächlich war der KPD-Führung jede Schwächung der verhaßten Weimarer Republik recht, war ihr erklärtes Ziel doch eine Rote Räterepublik nach sowjetischem Muster. Nachdem die ultralinke Führung unter Ruth Fischer auf Initiative der KI abgelöst wurde und Ernst Thälmann seit Ende 1925 ein neu gewähltes Zentralkomitee anführte, waren Bemühungen um eine gemäßigtere Realpolitik zu erkennen. So zogen SPD und KPD im Jahre 1926 an einem Strang beim Volksentscheid für die entschädigungslose Enteignung der Fürstenthümer. Doch der Prozeß der Bolschewisierung bzw. Stalinisierung mit einer völligen Abhängigkeit von der Stalin-Führung in Moskau und einer Beherrschung der Bewegung durch den Apparat bei Verlust jeglicher innerparteilicher Demokratie bereitete dieser Tendenz während der Phase der relativen Stabilisierung der Weimarer Republik 1924 bis 1928 ein baldiges Ende.

Eine radikale Wende kündigte sich mit dem VI. Weltkongreß der Komintern im Sommer 1928 an. Hier machte man den Beginn einer neuen Entwicklungsphase aus, die charakterisiert werde durch „sich immer mehr verschärfende Widersprüche, die die kapitalistische Stabilisierung erschüttern und zerfressen“ werde. Der kapitalistische Zusammenbruch und der revolutionäre Sieg ständen bevor. Jetzt komme es auf einen konsequent

revolutionären Kurs an. Thälmann verkündete auf dem Kongreß, ein Zurückweichen vor dem Reformismus und vor opportunistischen Gefahren werde fortan rücksichtslos ausgemerzt werden. Bereits im Frühjahr hatte der IV. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI) in Moskau die Eroberung der reformistischen Gewerkschaften zur Hauptaufgabe erklärt. Eine „Einheitsfront von unten“ sollte Streiks ohne und gegen die reformistischen Führer ermöglichen. Damit wurde auch eine Spaltung der Gewerkschaften in Kauf genommen.

Mit dieser verhängnisvollen Politik ging eine sich ständig steigende Gewaltbereitschaft einher. Bereits seit Herbst 1928 mehrten sich gewalttätige Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, vor allem zwischen deren paramilitärischen Organisationen, dem im Februar 1924 in Magdeburg gegründeten Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und dem bald danach entstandenen Roten Frontkämpferbund (RFB). Während das Reichsbanner, zunächst ausschließlich auf den Schutz der von allen Seiten bedrohten Republik orientiert war - eine Initiative vorwiegend Magdeburger Sozialdemokraten mit den Parteien der Weimarer Koalition DDP und Zentrum im Boot - verstand sich der RFB als Demonstrationsarmee der KPD.

Zur Radikalisierung trug wesentlich die bereits Anfang 1924 entwickelte und nun im Zuge einer neuerlichen ultralinken Politik wiederbelebte These vom „Sozialfaschismus“ bei. Faschismus und Sozialdemokratie galten als Zwillingsbrüder, die Sozialdemokraten waren danach die Steigbügelhalter des Faschismus. Von Sinowjew, dem 1. Vorsitzenden der Komintern in die Welt gesetzt und von Stalin aufgegriffen, sollte diese These nunmehr der Zerschlagung des Hauptfeindes der Arbeiterklasse, der sozialfaschistischen SPD dienen. An diesem strategischen Konzept hielt die KPD bis 1934 fest. Eine „Einheitsfront von oben“ kam nicht in Frage, die sogenannte „Einheitsfront von unten“ sollte die SPD zersetzen und ihre Anhänger für die KPD gewinnen. Die mit dieser radikalen Marschrichtung verbundene Gewaltbereitschaft zeitigte in Hamburg die ersten Opfer. In der Hansestadt war ein Aufstandsversuch unter Thälmanns Mitverantwortung im Oktober 1923 kläglich gescheitert. Hier herrschte seither ein besonders angespanntes Klima zwischen den beiden nunmehr besonders verfeindeten Arbeiterparteien. Bei schweren Zusammenstößen wurden im Mai 1928 zwei Reichsbannermänner erschossen und sieben schwer verletzt. Ende Oktober des gleichen Jahres wurde ein weiterer Hamburger Reichsbannermann Opfer eines kommunistischen Anschlags.

Als am 22.5.1928, dem Tag der Reichstagswahl, 30 Kommunisten den 16jährigen SAJ-Vorsitzenden von Magdeburg - Alte Neustadt mit Totschlägern krankenhausreif prügeln, kommentierte die Volksstimme: „Das sind die Früchte der Haßtiraden von Grube, Kaßner und Eildermann“ (Ernst Grube war damals noch KPD-Bezirksleiter, Walter Kaßner KPD-Fraktionsvorsitzender im Stadtparlament, Walter Eildermann Chefredakteur der Tageszeitung „Tribüne“). Diese Vorgehensweise bescherte den Kommunisten jedoch wenig Erfolg. Bei der höchsten Wahlbeteiligung im ganzen Deutschen Reich von 84,4 % im Wahlkreis 10, Magdeburg-Anhalt, errang die SPD mit 41,4 % der abgegebenen Stimmen 6 von insgesamt 13 Abgeordnetensitzen, die KPD einen. Der Kommunist Heckert stammte nicht aus der Region, war vielmehr wie schon 1924 von der Berliner Zentrale für den Wahlkreis 10 aufgestellt worden.

Ungeachtet dessen oder gerade wegen ihrer Erfolglosigkeit verschärften die Kommunisten ihre Angriffe. In der Sondernummer zum SPD-Parteitag in der Magdeburger Stadthalle im Mai 1929 beklagte der Bezirksvorsitzende Gustav Ferl einen „besonders niedertächtigen gehässigen Ton in der kommunistischen Presse und in Versammlungen“ und der SPD-Fraktionsvorsitzende in der Magdeburger Stadtverordnetenversammlung, Willy Plumbohm, führte in einer großen Funktionärssitzung vor den Kommunalwahlen in Preußen aus: „Die Rechte, die Völkischen und die Kommunisten hatten immer eins gemeinsam: den Haß gegen die Sozialdemokraten. Der Kampf der Bürgerlichen gegen wirtschaftliche Maßnahmen der Stadt fand meist die Unterstützung der Kommunisten“. Er bezeichnete ihre maßlosen Agitationsanträge in Sachen Wohlfahrt als Narrenpolitik. „Sie gebärden sich als politische Marodeure.“

Die „Zentralen Anweisungen für die Wahlkampagne Herbst 1929“ legten genau diese Vorgehensweise fest. Die Opfer der Wirtschaftskrise sollten gegen die Sozialdemokratie aufgeputscht werden. Das Entscheidende seien nicht etwa die Hilfeleistungen. Der Zentrale kam es nicht auf Annehmbarkeit der von ihren Kommunalvertretern massenhaft eingebrachten Anträge an. Vielmehr sollten nach Ablehnung der bewußt unerfüllbar gestalteten Forderungen die Sozialdemokraten in den Augen der Erwerbslosen als die Hilfeverweigerer dastehen und die Kommunisten als die Hilfsbereiten. Der wachsende Notstand sollte energisch ausgenutzt werden. Noch einmal der Bezirksvorsitzende Ferl in einem Aufruf zum Großwahltag am 17.11.1929 über die Widersacher der Sozialdemokratie: „Auch die Kommunisten standen gegen uns wie die Bürgerlichen. Sie kämpften mit den widerlichsten Methoden der persönlichen Angriffe und Hetze und führten in vielen

kommunalen Parlamenten übelste Radauszenen auf. Kommunisten gehören nicht in die Gemeindeparlamente, weil sie zu sachlicher Arbeit nicht bereit sind“.

Die Staßfurter Kommunisten bekannten in ihren Einladungszetteln zur Wahlveranstaltung offen, sie führten den Wahlkampf nicht in dem Glauben, durch Gewinnung von Mandaten die Macht erobern zu können, vielmehr um ihre Ziele zu propagieren, um die werktätigen Massen zum Kampf um proletarische Forderungen zu mobilisieren und um ihre Parteiorganisation zu verbreitern, zu verstärken und zu festigen. Nach einem schlechten kommunistischen Wahlergebnis überfiel der kommunistische Stadtverordnete Wallstab auf offener Straße einen sozialdemokratischen Stadtrat und verletzte ihn erheblich. In der Stadtverordnetenversammlung vergriff er sich während der Besprechung zur Erwerbslosenhilfe unter wüsten Verleumdungen an dem SPD-Bürgermeister Hermann Kasten. Die Volksstimme berichtete von gemeinstem Klamauk, der nach den Kommunalwahlen in den Stadtparlamenten unter infamer Benutzung irregeleiteter Erwerbsloser veranstaltet werde.

Den Sozialdemokraten hatten die Wahlen beträchtliche Zugewinne beschert. Besonders hoch, weil am schwersten errungen, bewertete die Partei ihre Wahlerfolge in den 996 kleinen Landgemeinden des Regierungsbezirks, zumal erst 262 von ihnen eine SPD-Ortsgruppe aufwies. Sie stellten jetzt 113 Gemeindevorsteher und 67 Amtsvorsteher in den Landorten, 16 Bürgermeister, 91 unbesoldete und 8 besoldete Stadträte, 13 unbesoldete Beigeordnete in den Städten. Der Parteibezirk Magdeburg-Anhalt, identisch mit dem Wahlkreis, verfügte nun über 2 700 kommunalpolitisch Tätige. Zudem wiesen inzwischen 9 von 14 Landkreisen des Regierungsbezirks einen „roten“ Landrat auf. Das war herausragend, denn von rund 400 Landräten in ganz Preußen stellte die SPD nur 67. Es gab keinen zweiten preußischen Regierungsbezirk, in dem fast zwei Drittel der Landräte sozialdemokratisch waren.

Allerdings taten die wenigen kommunistischen Gemeindevertreter gemäß ihren Anweisungen alles, Sozialdemokraten von den leitenden Positionen fernzuhalten. Sie enthielten sich entweder der Stimme oder gaben sie lieber bürgerlichen Kandidaten, stellten auch mal eigene aussichtslose Kandidaten auf. So ging in der ersten stürmischen Sitzung in Halberstadt ein Magistratssitz an die Rechte verloren, wurde in Förderstedt bei der Schöffenwahl ein Stahlhelmann gewählt, obwohl die kommunistischen

Vorstandsmitglieder sich zuvor bereit erklärt hatten, für die sozialdemokratische Liste zu stimmen. Ihre nachträgliche Erklärung: "Was wir versprochen haben, durften wir nicht halten. Die Bezirksleitung in Magdeburg hatte so entschieden". In der rund 12 000 Einwohner zählenden Stadt Calbe a.d.Saale, wo SPD und KPD rein numerisch über eine Mehrheit im Stadtparlament verfügten, verhalfen die 4 KPD-Vertreter der Stadt zu einer „Kapitalistenherrschaft“, wie die Volksstimme schrieb und prognostizierte: „Sie werden für ihren Arbeiterverrat bestraft werden“. Ganz ähnlich verlief die Wahl in Gommern. Hier hatte die SPD der KPD ein gemeinsames Vorgehen vorgeschlagen. Die proletarische Mehrheit hätte die wesentlichen Positionen im Magistrat und in den Deputationen gesichert. Doch die KPD hatte abgelehnt und so wurden ein monarchistisch gesonnener Major a.D. Beigeordneter und ein Firmendirektor Stadtverordnetenvorsteher. Sozialdemokratischer Kommentar: „Das ist das Ergebnis blödsinniger kommunistischer Taktik.“ 1932 sollten sich die Kommunisten hier mit der Ablehnung einer Beihilfe für den Arbeitersamariterbund selbst schädigen, denn die Arbeitersamariter halfen ohne Ansehen der Person jedem Verletzten und das waren bei den vielen Zusammenstößen mit der SA vor allem Kommunisten.

Auch in Eickendorf, im Kreis Calbe verhalf der einzige Kommunist einem Gutsbesitzer zum Amt des Gemeindevorstehers. In Genthin stellten die Kommunisten eigene Kandidaten auf und verhalfen so den Bürgerlichen zu ihrer eigenen Verblüffung zum Sieg.

Als in Neuhaldensleben der einzige Kommunist bei einem Patt von zehn Sozialdemokraten und zehn Bürgerlichen die Wahl eines sozialdemokratischen Stadtverordnetenvorsteher - Kandidaten verhindern wollte, ging diese Rechnung nicht auf, ein Bürgerlicher stimmte für den SPD-Mann. Vielleicht wollte der Mann jegliche kommunistische Einflussnahme auf die Geschicke der Stadt verhindern, hatten doch kurz vor der Kommunalwahl im November 30 bis 40 Kommunisten rund 15 Mitglieder der Reichsbannerjugend überfallen, ein Vorgang, der die Gemüter in der Stadt stark bewegt hatte.

In Aschersleben machten die gewählten Kommunisten die Parole ihrer Zentrale, lieber für die Reaktion als für die SPD zu stimmen, nicht mit, sondern stimmten für einen sozialdemokratischen Stadtverordnetenvorsteher. Im Gegenzug wurde ein Kommunist sein Stellvertreter.

Als jedoch im benachbarten Freistaat Anhalt in dem rund 7 000 Einwohner zählenden Industriestädtchen Aken die drei Kommunisten mit den neun Sozialdemokraten für den bis dato amtierenden sozialdemokratischen Bürgermeister stimmten, verfügte die Bezirksleitung in Halle den sofortigen Parteiausschluss für diese „Verräter und veranlasste in der Stadtverordnetenversammlung einen jeder rechtlichen Grundlage entbehrenden Antrag auf Auflösung und Neuwahl.

Roter Parlamentarismus“

In den folgenden durch die Weltwirtschaftskrise geprägten Jahren sahen die kommunistischen Vertreter in den Parlamenten ihre einzige Aufgabe in einer Zuspitzung der in ihren Augen „revolutionären Situation“. Sie unternahmen alles, die parlamentarische Demokratie lahmzulegen und an deren Stelle endlich ihr Ideal einer kommunistischen Räteherrschaft nach sowjetischem Muster zu setzen. Die Etatkämpfe des Jahres 1930 boten dafür einen willkommenen Anlaß. Im Wanzlebener Kreistag lehnte der kommunistische Fraktionsleiter jegliche Steuern ab, blieb dabei die Antwort auf die Frage schuldig, wovon die Fürsorgemaßnahmen für die ständig steigende Zahl der Erwerbslosen bestritten werden sollten.

In Groß-Ottersleben sahen sich die SPD-Vertreter bei der Etat-Vorlage im Mai 1930 mit einer Einheitsfront von Bürgerlich-Reaktionäre und Kommunisten konfrontiert, obwohl der Etat allein 60 % für Fürsorge- und Schullasten auswies. Als in einer Gemeindevertretersitzung im Oktober des Jahres ein SPD-Antrag auf zehn Zentner Kohle für Hilfsbedürftige angenommen wurde, behauptete die KP-Fraktion, dabei würden doch nur Sozialdemokraten berücksichtigt. Aufgefordert, Fälle zu nennen - die meisten Hilfsempfänger waren Kommunisten - herrschte nur Schweigen. Als im Dezember der Staatskommissar drohte, tönnten die Kommunisten: „Mag der Diktator kommen“.

Im Kreistag Calbe stimmten die kommunistischen Vertreter gemeinsam mit den Bürgerlichen gegen den Etat, damit auch für die Streichung von Einnahmen für den Wohnungsbau. Die Volksstimme beklagte wieder einmal die „Moskauer Wahnsinnspolitik“.

Bevorzugte kommunistische Methoden waren Verleumdungen, Randalen und Aufwiegelungen von Erwerbslosen, mit denen vor die Rathäuser gezogen und die Sitzungen der Gemeindevertretungen gestört wurde um so schließlich jede sachliche Arbeit zu verhindern. Entfernungen von

kommunistischen Gemeindevertretern nach vergeblichen Ordnungsrufen durch die Polizei gehörten bald zum alltäglichen Sitzungsgeschehen in den Kommunalvertretungen. In den größeren Städten versuchten die KP-Fraktionen mit einer Flut von unsinnigen Anträgen - in Magdeburg wurde zum Beispiel bei über 100 Anträgen zu einer Sitzung zu Weihnachten für jeden Hilfsbedürftigen ein halbes Schwein beantragt - die Tätigkeit der Stadtverordnetenversammlungen zu blockieren.

In Wolmirstedt legte der sozialdemokratische Stadtverordnetenvorsteher nach monatelanger verleumderischer Hetze entnervt sein Amt nieder.

Als in der SPD-Hochburg Barby Ende November 1931 nachts im Ort verbreitete kommunistische Flugblätter führende Sozialdemokraten verleumdete, berief die SPD eine öffentliche Versammlung ein. Im völlig überfüllten größten Saal Barbys wurde das Flugblatt verlesen und die anwesenden Kommunisten aufgefordert, wie in ihrem Flugblatt behauptet, den Angeschuldigten „die Maske vom Gesicht zu reißen“. Doch die Beweise für die haarsträubenden Anschuldigungen blieben aus. Der SPD-Vorsitzende, dem große Unterschlagungen angedichtet worden waren, prangerte das feige Vorgehen der Kommunisten als Verbrechen an der Arbeiterschaft an, in dieser schweren Zeit den Keil des Unfriedens in die Reihen des Proletariats zu treiben.

Im Laufe des Jahres 1932 steigerte sich der Kampf der Kommunisten bis zu tätlichen Angriffen in den Parlamenten, die zuweilen wahren Hexenkesseln glichen. Häufig wirkte sich diese verfehlte Politik zu Lasten der verelendeten Massen aus. So blieben die Ärmsten der Armen in Anhalt nach Ablehnung des Landesetats durch Rechtsparteien und KPD-Vertretung Anfang April 1932 erst einmal ohne Unterstützungszahlung. In Aken musste der kommunistische Vorsteher Ende 1932 seine eigenen Leute mehrfach zur Ordnung rufen, als sich die Sozialdemokraten für den Erhalt des kommunalen Wasserwerks einsetzten, während die Kommunisten strikt dagegen waren. Der Magistrat verließ den Saal.

Im Kreistag Calbe gehörte es allmählich zur Tagesordnung, dass die Polizei den außer Rand und Band geratenen kommunistischen Anführer Willi Wallstab und seinen randalierenden Anhang aus dem Sitzungssaal trieb. Als in Magdeburg im Dezember 1932 im Zuge von kommunistisch veranstalteten „Erwerbslosenkampfwochen“ Sonderunterstützungen mittels Krawall im Rathaus erzwungen werden sollten, obwohl die Kommunisten sehr genau wußten, daß für zusätzliche Unterstützungen keine Mittel mehr vorhanden

waren, empfing Oberbürgermeister Ernst Reuter eine kommunistische Delegation. In der ruhig geführten Besprechung zeigten sich die Kommunisten einsichtig, doch auf dem Markt vor dem Rathaus griff eine aufgewiegelte Menge die Polizei an, die scharf schoss und fünf Randalierer festnahm.

Kommunistische Spaltungspolitik in den Verbänden und Vereinen

Konsequenterweise dehnte die KPD im Zuge ihrer ultralinken Politik die Bemühungen um die Erweiterung ihrer Basis auch auf die sozialdemokratisch geprägten Nachbar- und Nebenverbände der organisierten Arbeiterschaft aus. Ihre besonderen Anstrengungen richtete sie seit dem Sommer 1929 dabei auf die Gewerkschaften. Die Formierung einer „Revolutionären Gewerkschaftsorganisation (RGO) als eigenständiger Verband wurde vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsverband (ADGB) als Spaltung und Verbrechen an der Arbeiterschaft gewertet. Der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der stärksten Einzelgewerkschaft im ADGB, Alwin Brandes, 1901 bis 1918 Magdeburger Stadtverordneter, forderte im November 1930 auf einer Bezirkskonferenz der Metaller in Quedlinburg „den gewissenlosen RGO-Leuten“ das Handwerk zu legen.

Bei einer Versammlung des Fabrikarbeiterverbandes in Egelin im Dezember 1929 versuchte ein einschlägig bekannter Hetzer „im übelsten Kaschemmenton“ zu provozieren. Die Versammelten beendeten diese Pöbeleien, indem sie ihn hinauswarfen. Zur gleichen Zeit versuchte der kommunistische Vorsitzende des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden, Ortsgruppe Magdeburg, die Mitglieder gegen die SPD zu mobilisieren, indem er Lügen und Verleumdungen gegen die Funktionäre des Zentralverbandes und unsinnige Gerüchte über die Arbeit der sozialdemokratischen Stadtverordneten verbreitete. Bei der Jahreshauptversammlung erschienen über 1 000 Besucher, die den alten Vorstand abwählten. Nur neun votierten noch für den Kommunisten. Die Volksstimme kommentierte erleichtert: „Damit ist die letzte Festung, die von den Kommunisten in den Magdeburger Arbeiterorganisationen noch beherrscht wurde, gefallen.“

Im benachbarten Parteibezirk Halle, wo die Mehrheitsverhältnisse dank einer meist ungelernten Industriearbeiterschaft vor allem in Leuna denen in Magdeburg entgegengesetzt waren, hatten die Revolutionären Betriebsräte bei den Betriebsratswahlen 1929 die Mehrheit mit 9256 Stimmen errungen, verloren jedoch bei der Wahl 1930 die Hälfte aller Stimmen wieder.

Die besonderen Verhältnisse einer starken KPD in Halle führten zu Positionseroberungen in einzelnen Einrichtungen, aber auch zu allerlei Skandalen. So ließen sich der kommunistische Direktor der AOK und sein ebenfalls kommunistischer Stellvertreter 1929 hohe Provisionen zahlen und steckten „Vermittlungsgebühren“ für einen Grundstückskauf in die eigene Tasche. Weit gravierender war der Zusammenbruch des halleschen Konsumvereins, den die kommunistische Führung zu verantworten hatte. Durch Mißwirtschaft in der zu einem „Roten Proviantamt“ umgewidmeten, vierzig Jahre lang bestehenden Genossenschaft waren eineinhalb Millionen Mark verloren gegangen. Es war keine Buchhaltung mehr geführt worden, keine Hypotheken mehr bedient worden, Steuern nicht abgeführt, Stromrechnungen nicht beglichen worden, weder Zinsen noch Lieferantenrechnungen bezahlt worden. Sämtliche Konsummitglieder warteten zu Weihnachten vergeblich auf die üblichen Rückzahlungen. Die Krankenkassenbeiträge der Arbeiter und Angestellten waren nicht an die Krankenkassen überwiesen worden. Statt dessen gab es 20% Lohnkürzungen und unbezahlte Überstunden.

Die komplette Pleite des Konsumvereins Halle sollte sich in Merseburg wiederholen, wo der ebenfalls kommunistisch geführte Konsumverein Anfang 1931 die Zahlungen einstellte. Der KPD-Bezirksleiter von Halle-Merseburg, Wilhelm Koenen, beschäftigte sich in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung mit der desolaten Situation der KPD in Halle. „Wir erleben in Halle eine Schlappe nach der anderen“ musste er mit Blick auf die Vorgänge beim Metallarbeiterstreik, in der Arbeitersängerbewegung, bei den Sportlern und nun auch noch im Konsumverein feststellen. Die ganze RGO-Bewegung in Halle sei eine große Pleite und unter den Leuna-Arbeitern direkt katastrophal. Und dabei habe man sich doch die Liquidierung des Masseneinflusses der SPD zum Ziel gesetzt.

Die von Koenen erwähnte „Schlappe bei den Sportlern“ war bereits ein Jahr zuvor, Anfang 1930, mit einem geheimen Rundschreiben an alle Ortsgruppen, Unterbezirks- und Arbeitsgebietsleitungen anlässlich der bevorstehenden Neuwahlen der Vorstände in allen Sport- und Kulturorganisationen angelegt worden. „Sozialdemokraten und mit ihnen Sympathisierende sind rücksichtslos auszuschalten“ lautete die Forderung bei der Besetzung aller Funktionen in den Vereinen. Das geheime Rundschreiben endete mit dem Appell „Kein Zurückweichen vor den Sozialfaschisten“. Doch der Offensive, die Fichte-Sportvereine zu unterwandern und zu spalten, war kaum Erfolg beschieden. Das zeigte auch

das von der Rotsport-Führung initiierte Mitteldeutsche Sport-Treffen in Magdeburg. Statt der angekündigten 10 000 kamen 300 Kommunisten, darunter 100 Sportler. Das war eine sehr klägliche Reaktion auf die Eröffnung des vom Reichsbanner errichteten Stadions „Neue Welt“.

Am Himmelfahrtstag 1930 feierten über 20 000 Teilnehmer die Inbetriebnahme von „Mitteldeutschlands schönstem Stadion“, wie der Festredner Carl Severing, preußischer Innenminister, meinte. Die rund 10 000 allein in Magdeburg in den vielen Sparten des Arbeiterturn-und-Sportbundes (ATSB) organisierten Mitglieder dürften ziemlich vollzählig mitgefeiert haben.

Die RGO-Pleiten sollten sich auch im Raum Magdeburg wiederholen. Als im Sommer 1932 50 Landarbeiterinnen um Aschersleben zu einem wilden Streik gegen 2 Pfennig Lohnabzug angestiftet wurden, brach dieser Streik bereits am zweiten Tag zusammen. Die Streikenden verloren ihre Arbeit. In Thale stiftete die RGO 120 Erwerbslose am 1. November 1932 an, sich im Gemeindewald Brennholz zu besorgen. Sie hausten wie die Vandalen an einem der schönsten Erholungsplätze von Thale und das, obwohl die Oberförsterei zuvor zweimal bekannt gegeben hatte, daß Holzlesezettel ausgegeben würden. In der folgenden Gerichtsverhandlung wurde festgestellt, dass kein kommunistischer Erwerbsloser davon Gebrauch gemacht hatte. Der Hauptangeklagte gab zu, die Stadt sollte nur an ihrer empfindlichsten Stelle getroffen werden. Im Zuge der Terrornotverordnung vom 9. August 1932 wurde er zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Paramilitärisches Gewaltpotential

Nicht nur in Berlin, Hamburg und im Ruhrgebiet, den Wohnorten von Millionen unter der wachsenden Not der Weltwirtschaftskrise leidenden Erwerbslosen sondern auch in mittleren Großstädten wie Magdeburg mit über 300 000 Einwohnern, in kleineren Industrieorten und sogar im dörflichen Milieu nahm die Gewaltbereitschaft verzweifelter Massen, gleichermaßen aufgeputscht von nationalsozialistischen wie kommunistischen Parolen, ständig zu. Schließlich herrschten nahezu bürgerkriegsähnliche Zustände, wie die folgende Kurzchronik verdeutlicht, die die weit häufigeren Gewalttaten der Nationalsozialisten ausblendet und sich ausschließlich auf die Übergriffe der KPD konzentriert:

- Im Juni 1930 überfällt ein Schlägertrupp zwei Jungen und drei Mädchen, die zum Bundestreffen des Reichsbanners im Stadion Neue Welt über Pfingsten nach Magdeburg gekommen waren, im Dunkel der Altstadt. Ein

Jungbannermann aus Osnabrück wird mit einem Messerstich in den Rücken und Schlägen auf den Kopf schwer verletzt. Ein Jungbannermann aus Luckenwalde erhält einen Stich hinters Ohr.

- Als im August 1930 Kommunisten mit ihren Störversuchen auf dem Bezirksjugendtreffen der SAJ in Eisleben wenig Erfolg haben, schlagen sie auf dem Rückweg vom Lkw aus mit Knüppeln, Fahnenstangen und Eisenteilen auf die Jugendlichen ein.
- In Calbe randalieren Anfang September 1930 junge KPIler auf einer Versammlung der Arbeitsinvaliden. Als der Kreisleiter sie des Saales verweist, prügeln sie auf ihn ein.
- Am 14.9.1930, dem Tag der Reichstagswahl, umringen Kommunisten eine Radfahrerkolonne des Reichsbanners, die als Wahlhelfer unterwegs sind, kurz vor dem Wahllokal Neustädter Straße in Magdeburg, schlagen auf sie ein und flüchten beim Anrücken der Polizei zum Teil über die Dächer.
- Ende Januar 1931 überfallen Kommunisten in Staßfurt einen Reichsbanner-Zug, der von einer Beerdigung von Leopoldshall zurückkehrte, schlagen auf das Zugende mit den Alten und Invaliden ein. Unter vier Schwerverletzten befindet sich ein 72jähriger Reichsbannermann. Die viertägige Gerichtsverhandlung vor dem Schönebecker Schöffengericht im April 1931 endet mit Gefängnisurteilen zwischen sechs Wochen und fünf Monaten Gefängnis.
- Im Juni 1931 ereignet sich ein kommunistischer Krawall in der Grünearmstraße in der Magdeburger Altstadt. 80 Mann liefern sich eine Auseinandersetzung mit der in dieser Stadt sozialdemokratisch geführten und geprägten Polizei. Ein Arbeiter kommt dabei ums Leben.
- In Neuhaldeleben greift ein RGO-Mann im Juli 1931 den Ortsgruppenleiter des Deutschen Landarbeiterverbandes auf einer Versammlung an. Im November d. J. wird ebenda ein Sozialdemokrat von einem Kommunisten niedergestochen. Auf einer Funktionärskonferenz ist man sich nach Häufungen ähnlicher Vorfälle einig in der Feststellung: „So geht es nicht mehr weiter.“
- In Staßfurt verbreiten die Kommunisten im Oktober 1931, man müsse dem sozialdemokratischen Stadtverordneten Sievers den Schädel einschlagen. Als im benachbarten Hecklingen eine öffentliche Wahlversammlung der SPD stattfindet, fällt ein Trupp Kommunisten aus Staßfurt nach Zutrittsverweigerung gewaltsam ein, verhindert durch Gebrüll jedes weitere Wort, sodass die Veranstalter die Versammlung schließen. Während die Sozialdemokraten den Saal verlassen, stürzen sich die Kommunisten laut Berichterstattung der Volksstimme „wie die wilden Tiere auf die Genossen

auf der Bühne, stachen auf einen alten Genossen ein, stürzten sich auf einen anderen mit den Worten: „Schlagt ihn tot, den Hund“ und schlugen ihm mit Fäusten ins Gesicht.“ Die Zeitung zieht nach diesem wüsten Krakeel mit Bezug auf die blutrünstige Rede des kommunistischen Anführers mit der ständig wiederholten Behauptung, in Deutschland herrsche der Faschismus, das Faszit: “Wenn die Kommunisten so weitermachen, kann es allerdings dahin kommen. Jetzt beherrscht das politische Banditentum der Faschisten und Kommunisten das öffentliche Leben.“

- Im März 1932 beherrscht der Doppelmord von zwei KP-Symphatisanten an zwei Reichsbannermännern in Pömmelte, Kreis Calbe, die Regionalpresse. Während die Magdeburger KP-Zeitung „Tribüne“ noch von einer Bluttat der Nazis schreibt, geben die mörderischen Söhne eines Arbeiters an, der Roten Hilfe anzugehören. Das gestand die Tribüne schließlich zu, schränkt aber sogleich ein, man habe die beiden immer nur als Spitzel für die Nazis angesehen. Die Volksstimme kommentiert: „Das ist die blutige Drachensaat der Kommunistenführer und der kommunistischen Presse. Der Kampf der Geister hat aufgehört bei den Kommunisten. Das Symbol ist die geballte Faust, die den Gegner niederschlagen soll, statt ihn zu überzeugen, niederschlagen und wenn es der Leidensgenosse aus der Werkstatt ist.“
- Der SPD-Vorsitzende von Klein-Wanzleben war bereits 1931 von einem kommunistischen Schläger heftig attackiert worden. Im Mai 1932 schlägt der erneut mit 15 Rot-Sportlern auf den sozialdemokratischen Ortsvereinsvorsitzenden mit Stuhlbeinen, Gläsern und Bierflaschen ein. Nach Messerstichen in den Rücken ringt der 36jährige Arbeiter mit dem Tode. Auslöser war ein schlecht vorbereitetes kommunistisches Sportfest, bei dem weder für Unterkunft noch Verpflegung für die angereisten jungen Sportler gesorgt worden war. Schon zuvor in der KP-Sportversammlung hatte es deshalb handgreifliche Auseinandersetzungen untereinander gegeben.

Anlässlich solcher Vorkommnisse titelte die Volksstimme nicht zum ersten Mal „Kommunistische Einheitsfront mit Brudermord“. Bereits im Dezember 1931 lautete die Schlagzeile schon einmal „Einheitsfront und Brudermord“ anlässlich eines Schwurgerichtsprozesses in Leipzig gegen einen 18jährigen Arbeiter, der in der aufgeheizten Stimmung des Volksentscheides gegen die sozialdemokratisch geführte Preußen-Regierung einen jungen

sozialdemokratischen Funktionär beim Plakatkleben in Leipzig mit Messerstichen getötet hatte.

Das Land Preußen, in der Weimarer Republik bis dahin durchgehend sozialdemokratisch regiert, galt mit seinen drei Fünfteln der Fläche und fünf Achteln der Bevölkerung des Deutschen Reiches gemeinhin als das „rote Bollwerk“. Wer Preußen hatte, hatte das Reich, lautete eine gängige politische Faustregel. Einem von den Nationalsozialisten im Verein mit der KPD initiiertes Volksentscheid zur vorzeitigen Auflösung des preußischen Landtags blieb am 9. August 1931 mit 36,8% der Erfolg versagt. Ursprünglich gegen ein Zusammengehen mit der NSDAP, hatte sich die KPD erst nach Aufforderung durch die Komintern dem Volksentscheid angeschlossen.

Am Tag der Abstimmung wurden in Berlin am „roten Bülowplatz“ in unmittelbarer Nähe der KPD-Zentrale die Polizeihauptleute Anlauf und Lenk auf einem Streifengang erschossen und ein sie begleitender Polizeiwachtmeister mit zwei Schüssen schwer verletzt. Das Karl-Liebknecht-Haus blieb zehn Tage lang geschlossen, die Parteizeitung „Rote Fahne“ für zwei Wochen verboten. Fünf Verdächtige wurden verhaftet, der mutmaßliche Täter Erich Mielke war geflüchtet. Bereits im Mai und Juni 1931 waren der Polizeihauptwachtmeister Zenker und der Oberwachtmeister Kuhfeld in Berlin erschossen worden. Das Reichsbanner und die Polizeigewerkschaft trauerten in ihren Aufrufen um zwei Kameraden und forderten, daß „dem Treiben der kommunistischen Parteigänger, die durch verantwortungslose Führer und eine gewissenlose Presse in immer neue Verbrechen hineingehetzt werden, ein Ende gemacht wird. Die Polizeibeamten der Republik sind nicht Freiwild für schießwütige Moskowiter und Faschisten.“ Der gewerkschaftliche Reichsbund deutscher Polizeibeamten zählte sich „zu den treuesten Dienern des republikanischen Volksstaates“ und drückte deshalb seine Erwartung an alle republikanischen Länderregierungen aus, sofort die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, das „überhandnehmende unverantwortliche Treiben politischer Drahtzieher“ zu beenden.

Der langjährige Vorsitzende des Berliner Bezirksverbandes, Franz Künstler, rechnete im Berliner Sportpalast nach der Einheitsfront von KPD und NSDAP beim Volksentscheid mit dem kommunistischen Einheitsfrontschwandel ab und schloß nach Auflistung aller kommunistischen Überfälle und Morde mit den Worten: „Wenn der Faschismus heute nicht zur Macht gekommen ist, dann einzig durch das Verdienst der Sozialdemokratie!“

Die Praxis kommunistischer „Einheitsfrontpolitik“

Während das Reichsbanner das KPD-interne Schulungsmaterial zur revolutionären Machteroberung studierte und in der Broschüre „Unsere Gegner. Ihre Vorbereitungen, ungefährender Stand ihrer Kampforganisation, Ausbildungsziele und ihre taktischen Anschauungen über die Möglichkeiten gewaltsamer Angriffe gegen die Staatsgewalt“ zur eigenen Orientierung zusammenfasste, hatten sich die sozialdemokratischen Parteiorganisationen der dauernden Attacken, Verleumdungen, Unterstellungen und Verdrehungen der nach dem misslungenen Volksentscheid von der KPD auf die Spitze getriebenen „Einheitsfront von unten“ zu erwehren, ihre Mitglieder über all die verbreiteten Lügenmärchen aufzuklären und bei der Stange zu halten.

Die Magdeburger kommunistische „Tribüne“ hatte es mit der Wahrheit noch nie genau genommen. So berichtete sie im April 1930 über die Generalversammlung des Reichsbanners, die noch gar nicht stattgefunden hatte. Im Januar 1931 behauptete sie, der Erste Bürgermeister von Staßfurt, Hermann Kasten sei auf offener Straße von einem Reichsbannermann geohrfeigt worden. Der wehrhafte Bürgermeister ging wegen dieser frei erfundenen Geschichte vor Gericht, wo der Redakteur dann angab, nicht zu wissen, ob es so war. Das Gericht ordnete eine Geldstrafe und die Urteilsveröffentlichung in der Tribüne an. Die Magdeburger Volksstimme dazu: „Mit der Zeit widert es einen an, immer wieder über die elende Verleumdungstaktik des Rubel- und Klamaukblättchens Tribüne schreiben zu müssen...“

Im August 1931 enthüllte die Volksstimme den Kommunisten-Schwindel von 46 zur KPD übergetretenen Sozialdemokraten. Sie hatte bei den Ortsvereinen dieser angeblichen Sozialdemokraten angefragt und fast stets die Antwort erhalten: „Ist nie bei uns Mitglied gewesen“ oder „Ist bereits vor längerer Zeit ausgetreten“. Im März 1932 behauptete die Tribüne, die Fotos in der Volksstimme von den 30 000 Demonstranten der Eisernen Front auf dem Magdeburger Domplatz seien eine Fälschung, es handele sich um alte Fotos von 1925. Das Amtsgericht stellte nach eingehender vergleichender Prüfung der Fotos die Echtheit fest und verfügte einen Schadensersatz von 1000 Mark.

Am 21. April 1932 trat der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann in einer Wahlkampfveranstaltung der KPD zur Preußenwahl am 24. April in der

Magdeburger Stadthalle auf. Er verleumdete dabei den amtierenden Magdeburger Oberbürgermeister Ernst Reuter auf das unsinnigste. Weil er in der KPD mit seinen Anträgen nicht durchgedrungen sei, sei er zu den Sozialfaschisten gegangen, um den Posten des Oberbürgermeisters zu bekommen.

Tatsächlich war der Kriegsgefangene Ernst Reuter, von Lenin sehr geschätzt, nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion in die Führung der jungen KPD aufgestiegen und bei einer Abstimmung gegen Wilhelm Pieck Generalsekretär der Partei geworden. Weil er eine eigenständige Linie gegenüber der Komintern verfolgt, eine politische und materielle Unabhängigkeit angestrebt hatte, ließ ihn die Komintern-Führung abberufen. Dagegen wehrte er sich mit einer Broschüre „Über die Krise in unserer Partei“, was seinen umgehenden Parteiausschluß zur Folge hatte. Über die USPD kehrte er im gleichen Jahr 1922 zur SPD zurück und wurde als Berliner Stadtverordneter 1926 besoldeter Stadtrat für Verkehrswesen. Hier erwarb er sich große Verdienste und internationales Ansehen. Oberbürgermeister von Magdeburg wurde er im Oktober 1931 auf Entscheidung der SPD-Führung. Er wäre gerne Berliner Verkehrssenator geblieben.

Die bereits beschriebene Spalterpolitik mit den ständig einhergehenden Angeboten einer „Einheitsfront von unten“, in der sich die Sozialdemokraten endlich von ihrer Führung lösen und den Kommunisten anschließen sollten, vertiefte den Riß durch die Arbeiterschaft und schwächte sie zusätzlich in ihrem Abwehrkampf gegen die braune Gefahr. Erfolge waren dieser Taktik nicht beschieden. Vielmehr versetzte das kommunistische Verhalten in den Parlamenten, in den Versammlungen und auf der Straße gestandenen Sozialdemokraten oft einen lang anhaltenden Schock. Auch das Bekanntwerden des Rundschreibens des ZK der KPD an die Bezirkssekretariate war nicht gerade dazu angetan, sozialdemokratische Mitglieder von ihrer Führung zu trennen, wurde hier doch gefordert, den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie zu führen. Sie müsse isoliert werden in der Arbeiterschaft. Die Sozialdemokratie charakterisierte das Rundschreiben als ein Dokument des Klassenverrats.

Trotz alledem lud die Ortskampfleitung der Eisernen Front (Ende 1931 gebildetes Kampfbündnis gegen die braune Gefahr aus SPD, Gewerkschaften, Reichsbanner und Arbeitersportkartell) Dessau am 23. Juni

1932 die KPD zu Verhandlungen über eine gemeinsame Führung des Kampfes gegen den gemeinsamen Gegner, die NSDAP, ein. Dem Verhandlungsführer Gerhart Seger, SPD-Vorsitzender, Redakteur des „Volksblattes für Anhalt“ und Reichstagsabgeordneter, kam es verständlicherweise zunächst auf eine Positionsklärung des möglichen Partners an. Man könne sich schließlich nicht mit jemandem verbünden, der einem gleichzeitig den schärfsten Kampf ansage. Da die Dessauer KP-Führer weder willens noch in der Lage waren, von der Generallinie ihrer Partei abzurücken, endeten die Verhandlungen ergebnislos. Die Ortskampfleitung der Eisernen Front brachte umgehend ein Flugblatt mit dem genauen Wortlaut des Verhandlungsprotokolls heraus unter der Überschrift „Die Dessauer KPD lehnt Waffenstillstand mit der SPD ab!“ Das Flugblatt endete mit dem Aufruf „Die Einheitsfront besteht bereits! Es ist die Eisernen Front! Her zu uns!“

Die KPD-Führung in Berlin verwarf in einem Rundschreiben zur Einheitsfrontpolitik und zum Reichstagswahlkampf im Juli 1932 die Verhandlungen in Dessau wie sie auch schon zuvor einzelne Vorstöße von Ortsgruppen, den Bruderkampf zu beenden und eine Art Burgfrieden anzustreben, ausdrücklich mißbilligt hatte. Ihr gleichzeitiger Aufruf zur „Antifaschistischen Aktion“ gemeinsam gegen die faschistische Gefahr wurde von der sozialdemokratischen Führung angesichts der Erklärung, mit den SPD-Führern könne es keine Einheitsfront geben, als rein antisozialdemokratische Aktion gewertet. Alle Aufforderungen der SPD, erst einmal die gegenseitige Bekämpfung einzustellen und alle Kräfte gegen die Nazis zu konzentrieren, seien höhnisch zurückgewiesen worden. „Man kann nicht außerhalb der Parlamente eine proletarische Einheitsfront mit der Sozialdemokratie bilden, wenn man in den Parlamenten mit den Nationalsozialisten eine Einheitsfront bildet“.

Hatten die Kommunisten bereits verschiedentlich im Preußischen Landtag wie in einzelnen Stadtparlamenten gemeinsame Sache mit der NSDAP gegen SPD-Anträge gemacht, so gingen sie im November 1932 auch noch außerhalb der parlamentarischen Ebene mit den Nazis. Als bei der Urabstimmung zum Verkehrsarbeiterstreik in Berlin die vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde, lehnten die Gewerkschaften die Verantwortung für einen Streik ab. Das Zentralorgan der KPD, die „Rote Fahne“, verkündete, es sei eine zentrale Streikleitung aus Kommunisten, Nationalsozialisten und Unorganisierten gebildet worden. Die Vertrauensleute der Berliner Verkehrsarbeiter sprachen der Gewerkschaftsführung ihr

Vertrauen aus und verurteilten den Streikputsch. Sie sprachen nach Zusammenbruch des Streiks von Arbeiterverrat. 2 500 verloren infolge des wilden Streiks ihre Arbeitsplätze. Die gewerkschaftliche Rechtsvertretung klagte vor dem Arbeitsgericht die Wiedereinstellung von 1 000 Straßenbahnern ein. Ergebnis dieses Streikabenteuers der kommunistischen RGO Arm in Arm mit der nationalsozialistischen NSBO: 1500 Verkehrsarbeiter ohne Arbeit, zweieinhalb Jahre Zuchthaus für zwei Steinwerfer und vier Tote. Ein ähnliches Desaster zeitigte ein von RGO und NSBO angezettelter Streik im Leipziger Betrieb der Nordwolle. Hier verloren 500 anschließend ihre Arbeit. Wenigstens kam ein RGO-Führer im Lichtenberger Gaswerk zur Vernunft und wechselte zur SPD über.

Der Untergang

Das letzte Jahr der Weimarer Republik mit fünf Wahlen (zwei Wahlgänge zur Reichspräsidentenwahl im März/April, Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt, Bürgerschaftswahlen in Hamburg im April, Reichstagswahlen im Juli und bereits wieder im November) hatte Deutschland an den Rand eines Bürgerkrieges gebracht. Nahezu täglich wurden aus allen Teilen des Reiches schwere Zusammenstöße zwischen NSDAP/SA, KPD/RFB und SPD/Reichsbanner gemeldet. Die Zahl der Toten stieg. Das öffentliche Auftreten der parteinahen Kampfverbände bei Versammlungen, Aufmärschen, Demonstrationen und Aktionen unterschiedlicher Art war von zunehmender Militarisierung geprägt. Vom Ausland her gesehen verwirrten sich die Grenzen zwischen den Kontrahenten NSDAP und KPD. Der liberale französische Ministerpräsident und zugleich Außenminister, Aristide Briand, 1926 gemeinsam mit Stresemann mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, äußerte einer deutschen Journalistin gegenüber die von ihm empfundene Ähnlichkeit von Kommunisten und Nationalsozialisten: „Sie brauchen nur ihre Reden zu hören. Die Argumente sind so gleichartig, daß man stets den Schluß abwarten muß, um zu sehen, ob die erhobene Hand offen oder geballt ist“. Mit wachsendem Zorn blickten die sozialdemokratischen und die allerdings stark geschrumpften liberalen Kräfte auf die Kommunisten, deren Haltung entscheidend war für den Niedergang der Republik.

Nach der preußischen Landtagswahl, bei der die Mandatszahl der NSDAP von 6 auf 162 angestiegen war, hatten SPD und KPD trotz beider Verluste eine Mehrheit. Doch die zerstörerische Grundtendenz in der kommunistischen Preußenpolitik ließ keinen konsequenten Kurs zur Erhaltung der Weimarer Republik zu. Als der Fraktionsführer der NSDAP in

der Sitzung des Preußischen Landtags am 2. Juni 1932 die Kommunisten aufforderte, einen Misstrauensantrag gegen das geschäftsführende Kabinett zu stellen, wenn es ihnen denn mit ihrem Kampf gegen das sogenannte System ernst sei - „Stellen Sie den Antrag, und wir stimmen sofort zu!“ - entsprach die KPD umgehend dieser Aufforderung. Der langjährige sozialdemokratische Ministerpräsident Preußens, Otto Braun, schilderte in seinen Erinnerungen „Von Weimar zu Hitler“, die Kommunisten hätten getreu ihrer bisherigen selbstmörderischen Taktik mit einer langatmigen und widerspruchsvollen Begründung gefordert, dem Geschäftministerium Braun-Severing das schärfste Misstrauen auszusprechen und „ihre Partner von rechts beantragten die Erhebung der Anklage gegen sämtliche preußischen Staatsminister vor dem Staatsgerichtshof.“ In der Debatte waren diese beiden Parteien dann bemüht, sich gegenseitig in Unverschämtheiten gegen das Kabinett zu überbieten“.

Die Absetzung der sozialdemokratisch geführten Preußen-Regierung vermittels Staatsstreich am 20. Juli 1932 registrierte die KPD mit Beifall. Inzwischen längst die klassische Partei der Arbeitslosen, hatte sie bei den meisten Wahlen auf Kosten der SPD gewonnen, wenngleich ihre Stimmengewinne mit den seit 1930 rasant anwachsenden Gewinnen der NSDAP nicht zu vergleichen waren. Deren Mandatszahlen war im Reichstag von 12 auf 107 und im Juli 1932 auf 230 angewachsen, während die SPD nur noch über 133 und die KPD über 89 verfügte.

Die gemeinsame Frontstellung von NSDAP und KPD gegen die Republik von Weimar, wenn auch aus unterschiedlichen ideologischen Motiven und politischen Zukunftsvorstellungen, paralyisierte die parlamentarische Demokratie in Preußen und im Reich. Wegen ihrer unsinnigen „Sozialfaschismus“-Stoßrichtung gegen die SPD wird sie zu Recht zu den Totengräbern der Demokratie gerechnet.

Terror, Verfolgung und Widerstandsverhalten 1933 bis 1945

Mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten verschwand die von ultralinks viel geschmähte Demokratie mit Recht und Freiheit und einem Schutz für das Individuum. In den knapp fünf Monaten von Hitlers Ernennung zum Reichskanzler bis zum endgültigen Verbot der SPD am 22. Juni 1933 - die KPD wurde formell nie verboten - herrschte nach dem Selbstverständnis der neuen Machthaber „nationale Revolution“. Sie machten keinen Unterschied zwischen Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschaftern. Jetzt galt es, das „rote Gesocks“, die ganze „linke Brut“ auszuschalten.

Oberbürgermeister Reuter wurde von einer johlenden SA-Horde aus dem Rathaus gezerrt, der SPD-Vorsitzende von Barby an einem Strick um den Hals durch die Stadt gehetzt, das Magdeburger Franke-Jugendheim überfallen und die anwesenden Kinder und Jugendlichen verprügelt, der Staßfurter Bürgermeister Hermann Kasten erschossen, ebenso der Schönebecker Stadtrat, SPD- und Gewerkschaftsfunktionär Otto Kresse. In Wernigerode wurden etwa hundert bekannte Sozialdemokraten und Gewerkschafter durch die Stadt getrieben, voran der misshandelte Stadtrat Bartels mit einem sogenannten Schandpfahl, der die Aufschrift „SPD Lumpen Wernigerode“ trug. Ähnliches ereignete sich in Halberstadt im Juni des Jahres. In Blankenburg und Hasselfelde trieb die SA 100 bzw. 70 Personen „Marxistischer Richtung“ in Gastwirtschaften, Gewerkschaftshaus und Pferdestall zusammen und richtete sie mit Ochsenziemern, Gummiknüppeln und Reitpeitschen so übel zu, dass Schwerverletzte in Krankenhäuser getragen werden mussten. Die Einrichtungen der Arbeiterorganisationen wie Parteihäuser, Volkshäuser, Zeitungsredaktionen, Sportstätten usw wurden ohne Unterschied, ob SPD oder KPD gehörend, im großen Stil geplündert und verwüstet. Nach dem Reichstagsbrand gerieten Abertausende in die wilden Konzentrationslager der SA, hastig eingerichtet in leerstehenden Fabrikgebäuden, Hinterzimmern und Kellern ihrer „Sturmlokale“ und wurden ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit grausam zugerichtet. An der „Roten Kommune“, ihren Gegnern in zahllosen Straßenkämpfen und Versammlungsschlachten, übte die Prätorianergarde Hitlers jetzt grausame Rache.

Trotz dieser Erfahrungen mit dem wahren Faschismus - seit der Brüning-Regierung 1930 hatte die KPD-Führung in völlig verfehlter Faschismus-Analyse, ausgehend von der Komintern, noch jede der rasch aufeinander folgenden Regierungen in der Endphase der Weimarer Republik als faschistisch charakterisiert - richtete das ZK der KPD im Frühsommer 1933 einen offenen Brief an die sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands mit dem Titel „Es lebe die Einigung der Arbeiterklasse!“, ein an Verblendung kaum zu überbietendes Dokument. Nach der Einsicht, aus alten Fehlern müsse man lernen, heißt es „ 20 Jahre lang ist die Mehrheit der Arbeiterklasse in Deutschland der Sozialdemokratie gefolgt. Und das Ergebnis der letzten zwei Jahrzehnte sozialdemokratischer Politik heißt: Legale Machtübernahme durch den Hitler-Faschismus mit Hilfe von Hindenburg. Durch Demokratie zum Sozialismus ? Das war eine der raffiniertesten Irrlehren, die dem Kapital nützte, das Denken von Millionen Arbeitern verwirrte und die Arbeiterklasse spaltete.“ Und weiter unten in

diesem 16seitigen Pamphlet: „Macht Schluss mit diesem bürgerlichen Plunder, den Euch die Bernstein, Kautsky, Hilferding, Leipart, Tarnow, Löbe und Wels eintrichterten....Zurück zum Klassenkampf, zur Fahne der proletarischen Revolution - zurück zu Marx!... Vorwärts zur Arbeiter- und Bauernrepublik! Wir sind siegessicher.“

Das Prager Manifest des Exilvorstandes der SPD, anlässlich des 1. Jahrestages der Hitlerdiktatur verfasst, enthielt sich jeden konkreten Vorschlags zur Überwindung der Gegensätze, setzte vielmehr auf den vom Terror ausgehenden Zwang, der die Spaltungsgründe als überholt erscheinen lasse.

Tatsächlich hatten die massenhaften Verhaftungen gerade unter den Kommunisten Magdeburgs große Lücken gerissen, sodass sie versuchten, unter den jüngeren, aktivistisch gesonnenen Sozialdemokraten Ersatz zu rekrutieren. Für sie wurde eine illegale „Volksstimme“ herausgegeben und Rundbriefe verbreitet, die zum gemeinsamen Kampf aufriefen. Von dem aktivistischen Kampfstil der Jungkommunisten angesprochen, traten einzelne Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) im Frühjahr 1934 zum illegalen Kommunistischen Jugendverband (KJVD) über. Für die Behauptung eines ehemaligen Sozialdemokraten, der 1927 zur KPD übergetreten war, zur Unterstützung der illegalen KPD seien in Magdeburg 32 Hilfskomitees aus sozialdemokratischen und unparteilichen Arbeitern gegründet worden, fehlt es jedoch an überzeugenden Nachweisen. Einzig eine Buckauer Gruppe entlassener Arbeitsamtangestellter, die bereits vor 1933 der kommunistischen Vorfeldorganisation „Bund der Freunde der Sowjetunion“ angehört hatte, half illegales Material verteilen und gehetzten Funktionären Unterschlupf zu gewähren. Unproblematisch blieb die Kooperation allerdings nicht. Als die Sozialdemokraten mehr Mitspracherechte verlangten, wurden sie aus dem Freundesbund für die Sowjetunion ausgeschlossen. Nach vereinzelt Verhaftungen zuvor sollte die gesamte Gruppe im März 1936 aufliegen.

Die 1935 in Mitteldeutschland einsetzende Verhaftungswelle und die im ganzen Deutschen Reich 1935/36 vonstatten gehenden Massenverhaftungen bereiteten den Widerstandsanstrengungen der organisierten Arbeiterschaft in den ersten Jahren der NS-Herrschaft generell ein Ende. Die Situation der ständigen Ausdünnung der kommunistischen Untergrundkader - oft mussten die Bezirksleitungen dreimal und öfter in einem Jahr neu gebildet werden - führte endlich zu einem Umdenken in der Kominternspitze. Auf dem VII.

Weltkongress der Komintern im Sommer 1935 in Moskau wandten sich die Strategen der Weltrevolution vorübergehend von der ewig gleichen, gegen die Sozialdemokratie gerichteten Politik ab. Sie hatte nach einem nun bereits gut zwei Jahre währenden Vernichtungsfeldzug gegen ihre Kader wie einfachen Anhänger zur Kenntnis nehmen müssen, daß kaum mehr jemand in Freiheit bzw in der Lage oder auch nur willens war, sich in dieser für sie völlig aussichtsloser Situation im Untergrund aufzuopfern. Da in Frankreich und Spanien zu diesem Zeitpunkt legale kommunistische Parteien erfolgreich begannen, mit sozialistischen und demokratischen Parteien zusammen zu gehen, fasste die Komintern-Führung nun übergangslos freundschaftlichen Abmachungen mit den Spitzengremien sozialistischer Parteien ins Auge. Die eingeläutete Volksfrontpolitik zielte auf eine rasche Gewinnung sozialistischer, sozialdemokratischer, indifferenter und mit Hilfe der sich bald als völlig illusorisch herausstellenden Unterwanderungstaktik des Trojanischen Pferdes auch von den Faschisten verführter Kräfte.

Im einstigen Parteibezirk Magdeburg sollte es einzig in der Kreisstadt Calbe im Frühjahr 1936 zu einem sogenannten „Volksfront“- Zusammenschluss von illegal aktiven KPD- und SPD-Gruppierungen kommen. Die kommunistische Unterbezirksleitung von Schönebeck lieferte Druckschriften, die von den Sozialdemokraten mit ihren untergründig eingezogenen Parteibeiträgen bezahlt und verteilt wurden. Da die Schönebecker Leitung bald verhaftet wurde, blieben die Lieferungen aus und die Sozialdemokraten stellten ihre Zahlungen wieder ein, trafen sich jedoch weiterhin zu Besprechungen und stimmten ihr Verhalten in den Betrieben miteinander ab. Massenverhaftungen in Calbe und Schönebeck beendeten Anfang 1938 diesen Kooperationsversuch.

Das unter Sozialdemokraten weit verbreitete Misstrauen gegenüber einer nachhaltigen Ernsthaftigkeit der kommunistischen Einheitsfrontbekundungen sollte sich als durchaus berechtigt erweisen. Angesichts der Erfolglosigkeit ihrer auf baldige Ergebnisse orientierten Bemühungen ließen Komintern- und KPD-Führung bald eine Rückkehr zu den alten Positionen erkennen.

Das bekräftigte die Parteikonferenz der KPD Anfang 1939 bei Moskau, aus Tarngründen „Berner Konferenz“ genannt, voll und ganz. Den im Jahre 2000 veröffentlichten Tagebüchern des Schöpfers und Propagandisten der Volksfrontidee, Georgi Dimitroff, ist zu entnehmen, dass er 1935 die Delegierten des VII. Weltkongresses der KI unter großem Gelächter wissen ließ, dass nur „politische Hühner“ an eine grundsätzliche Änderung der kommunistischen Politik glauben würden. 1941 notierte er gar, das Ziel der

Komintern sei, „die Sozialdemokratie endgültig aus der Arbeiterbewegung zu verdrängen, eine einheitliche Führung der Arbeiterbewegung in Gestalt der KP herzustellen.“

Selbst noch während des Krieges fanden sich in den mörderischen Konzentrationslagern des Dritten Reiches die alten Konfrontationen. Als Anfang 1942 der einstige Jugendvertreter in der SPD-Bezirksleitung Halle nach zahlreichen Denunziationen ohne Gerichtsverfahren in das KZ Dachau eingeliefert wurde, erlebte er zwei kommunistische Funktionshäftlinge während der Aufnahme in der Dusche. Einer von ihnen fragte unauffällig: „Politisch?“ und als er bejahte, folgte die Frage nach der Partei. Auf die Antwort „SPD“ hörte er den Frager zischen: „Schon wieder so'n Sozialfaschist“.

Die Heldentaten der kommunistischen Kämpfer gegen den Faschismus im Untergrund wie in den Zuchthäusern und Lagern und deren traditionsbildende Verherrlichung als Vorbilder der nachfolgenden Generationen gehört ebenso zu den SED-geprägten Geschichtslegenden wie die Glorifizierung der KPD in der Weimarer Republik, immer wegweisend das Richtige tuend, immer an der Spitze der fortschrittlichen Kräfte, dabei freundschaftlich gelenkt und geleitet von der Kommunistischen Internationale wie der sowjetischen Führung. Wie der Nestor der deutschen Kommunismusforschung, Hermann Weber, vielfach nachwies und darlegte, ließ die völlige Einbindung und Unterordnung unter die Stalinsche Komintern - Führung der KPD keine Alternative. Sie musste an der Strategie des „Hauptstoßes“ gegen die Sozialdemokratie ebenso festhalten wie an der Unterschätzung der NSDAP. Als nicht selbständige Partei konnte sie diese Strategie nicht einmal entsprechend ihren eigenen Interessen und der Situation in Deutschland taktisch modifizieren und trug so erheblich zum Untergang der Weimarer Republik bei.

Das Ende der einst erfolgreichen Sozialdemokratie

Bestimmte die Kommunistische Internationale bis zu ihrer Auflösung im Jahre 1943 die Politik der Ländersektionen im vorrangigen Interesse der Sowjetunion, dem „Vaterland aller Werktätigen“, so wurde das Handeln der KPD in der sowjetischen Besatzungszone nicht weniger von der sowjetischen Militäradministration (SMAD) bestimmt. Im Verein mit der bereits am 5. Mai 1945 aus der sowjetischen Emigration in Berlin eingetroffenen „Initiativgruppe Ulbricht“ wurden die politischen Weichen nach sowjetischem Modell gestellt. Nachdem die KPD im Juni 1945 das Angebot der SPD, sofort eine

einheitliche Arbeiterpartei zu bilden, abgelehnt hatte, schwenkte sie im Spätherbst 1945 in Richtung rasche Vereinigung um. Nach Anfangserfolgen mehr und mehr in die Isolation geraten, fürchtete die KPD bei den für 1946 angesetzten Wahlen eine Niederlage zu erleiden wie bereits bei den Parlamentswahlen im November 1945 in Ungarn und Österreich geschehen.

Die Machtfrage konnte nur bei Ausschaltung der SPD in ihrem Sinne geklärt werden. Also nahm die KPD entschlossen Kurs auf die Vereinigung. Dagegen waren breite Kreise der Sozialdemokratie nach den Erfahrungen der ersten Nachkriegsmonate skeptisch gegenüber einer „paritätischen“ Vereinigung. geworden. Zudem bedeutete eine einseitige Vereinigung in der SBZ eine Spaltung der SPD, hatte doch Kurt Schumacher die Sozialdemokraten in den drei Westzonen gegen jede Einheit mit den Kommunisten wieder zusammengeführt. Seine Erklärung, ohne die antidemokratische Haltung der Kommunisten wären die Nazis 1933 nicht an die Macht gekommen und seine Warnung, das KPD-Konzept der „Einheitspartei“ sei nur die Suche nach dem „großen Blutspender“, sei die Absicht, der SPD eine kommunistische Führung aufzuzwingen, wurde von vielen Sozialdemokraten im Raum Magdeburg geteilt.

Die vorübergehenden Verhaftungen ihrer Spitzenkräfte, des ersten Nachkriegsoberbürgermeisters Otto Baer, des ersten Bezirksvorsitzenden Gustav Schmidt u.a. - sie sollten gefügiger gemacht werden, weniger eigenständig, endlich den sowjetischen Anordnungen auf Absetzung verschiedener SPD-Funktionäre folgen - waren nicht zur Vertrauensbildung geeignet. Zudem wurden unrühmliche Figuren aus der Zeit der Weimarer Republik in Machtpositionen gehievt wie der Staßfurter Kommunist Willi Wallstab, der zum Magdeburger Polizeipräsidenten bestimmt wurde und Walter Kaßner, der als stellvertretender Oberbürgermeister fortan seine sozialdemokratischen Chefs bespitzen sollte und nicht wenig zur Verhaftung Otto Baers im Januar 1946 und seines Nachfolgers Rudolf Eberhard Juli 1950 beitragen sollte. Täglich erlebten die altbewährten SPD-Funktionäre die praktische Umsetzung des später vielzitierten Ulbricht-Ausspruchs, es müsse alles demokratisch aussehen, doch die Kommunisten müßten die Fäden in der Hand halten, was hieß, das Gesetz des Handelns habe bei ihnen zu liegen.

SMAD und KPD forcierten gegen Jahresende die Vereinigung. Ende 1945 beraumten sie kurzfristig eine Konferenz mit je dreißig Vertretern von KPD und SPD ein. Hier zog der Repräsentant der ostdeutschen Sozialdemokraten Otto Grotewohl eine bittere Bilanz sozialdemokratischer Erfahrungen mit den

Kommunisten im zweiten Halbjahr 1945: „In diesen sechs Monaten haben wir leider erfahren müssen, dass die Kommunistische Partei anders handelte, als wir zu handeln bereit waren und anders behandelt wird als die Sozialdemokratische Partei. Das hat die Voraussetzungen zum Zusammenschluss und zur Zusammenarbeit nicht gerade verbessert. In unseren Mitgliedschaften ist eine tiefgehende Missstimmung gegen unsere Kommunistische Bruderpartei zutage getreten und Zweifel sind aufgetaucht, ob die von der Kommunistischen Partei angestrebte Einheit von demselben Gefühl der Kameradschaftlichkeit getragen ist wie die der Sozialdemokratischen Partei...“ Auch die beiden Magdeburger Delegierten, Minister Ernst Thape und SPD-Bezirksvorsitzender Gustav Schmidt, drückten ihre Bedenken gegen eine organisatorische Vereinigung per Befehl aus, „wenn die Führer mit wenigen Mannern sich vereinigen und das große Heer fernbleiben wird“.

Von Januar bis April 1946 standen Sozialdemokraten auf sämtlichen Ebenen von den Ortsvereinen bis zur Bezirksleitung Magdeburg unter starkem Vereinigungsdruck. Einschüchterungen, Verunglimpfungen selbst verdienter Widerstandskämpfer und immer wieder auch kurzzeitige Verhaftungen sowie die Annullierung der Ergebnisse der eindeutig zu sozialdemokratischen Gunsten ausgefallenen Gewerkschaftswahlen Ende Januar 1946 mit Anordnung einer Wahlwiederholung machten die Sozialdemokraten allmählich mürbe. Manche entzogen sich durch Flucht in die britische Besatzungszone, sodass sich in den nächsten Jahren in den Städten Braunschweig und Hannover nennenswerte Magdeburger SPD-Gruppierungen wiederfinden sollten.

Mit der Zwangsvereinigung im April 1946 setzte auch eine zügige Verdrängung der Sozialdemokratie aus allen paritätisch besetzten Positionen ein. Bald landeten Sozialdemokraten im Zuge der Kampagne gegen den Sozialdemokratismus wieder reihenweise in Haftanstalten und Lagern, wurden bei Parteisäuberungen in stalinistischer Manier aus der SED ausgeschlossen und sogar der OdF-(Opfer des Faschismus) Status wurde ihnen nicht selten wieder aberkannt. Manche resignierten, zogen sich aus dem politischen Leben völlig zurück oder flüchteten in den Westen. Die Geschichtsschreibung der SED griff die früheren Legenden von der arbeiterverräterischen SPD wieder auf, die stets die ehrlich ausgestreckte Bruderhand der KPD ausgeschlagen habe und damit die Niederlage der Arbeiterschaft 1933 verursacht habe.

Wen wundert es, dass bei der Neugründung von SPD-Ortsvereinen nach 1989 sich hier und da Stimmen gegen eine Aufnahme von SED-Mitgliedern erhoben. Waren auch nach über 40 Jahren SED-Herrschaft die Erinnerungen an die Verfolgungen dank totalen Beschweigens in der Öffentlichkeit verblasst, so waren doch in Familien von „sozialdemokratischem Uradel“ gerade in Magdeburg und Umgebung die Verhaftungen von angehörigen Vorfahren nach 1945, deren jahrelange Haft und Diffamierung durchaus noch wach und mancher Großvater hatte seinen Enkeln von den leidvollen Erfahrungen mit den Kommunisten gegen Ende der Weimarer Republik berichtet.

Bis zum heutigen Tag ist ein Beispiel für SED-Geschichtsklitterung an der 1927 auf sozialdemokratische Initiative hin errichteten Magdeburger Stadthalle zu besichtigen. Es ist völlig unverständlich, warum die zu DDR-Zeiten an der Stadthalle angebrachte Erinnerungstafel mit dem verlogenen „Einheitsfront-Text“ noch immer an den unsäglichen Auftritt Thälmanns erinnert. In der Stadthalle sind zwischen 1927 und 1933 zahlreiche rühmliche wie unrühmliche politische Größen aufgetreten. Wenn hier dauerhaft erinnert werden sollte, dann ja wohl an den unter großer Anteilnahme der Bevölkerung im Mai 1929 hier stattgefundenen SPD-Parteitag mit der gesamten Parteiführung nebst Reichskanzler Hermann Müller, SPD. Einige der Delegierten wurden, wie auch Thälmann, später von den Nationalsozialisten ermordet.

Auswahl der benutzten Literatur

- Volksstimme. Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg 1919 - 1933,
- Herlemann, Beatrix, Wir sind geblieben, was wir immer waren, Sozialdemokraten“. Das Widerstandsverhalten der SPD im Parteibezirk Magdeburg-Anhalt gegen den Nationalsozialismus 1930 - 1945, Halle 2001,
- Mallmann, Klaus-Michael, Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996,
- Weber, Hermann, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde, Frankfurt a. M. 1969,
- ders., Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929 - 1933, Düsseldorf 1981,
- ders., Kommunistische Bewegung und realsozialistischer Staat.: Beiträge zum deutschen und internationalen Kommunismus, Köln 1988.

